

Venezuela in der (Wirtschafts-)Krise

Venezuela steckt in einer umfassenden politischen und wirtschaftlichen Krise. Das manifestiert sich in einer Hyperinflation, einem gewaltigen Wirtschaftseinbruch, einer steigenden Kriminalität, Versorgungsengpässen, Massenemigration und politischer Instabilität inklusive zweier weitgehend verfeindeter Machtblöcke, die für sich jeweils Regierungslegitimität beanspruchen. Die venezolanische (Wirtschafts-)Krise hat – stark vereinfacht – zwei große Krisenerklärungen hervorgebracht: Die eine, vorwiegend aus Gegnern der Bolivarischen Revolution bestehende Seite, macht die ‚sozialistische‘ Wirtschaftspolitik, d.h. dezidierte Eingriffe in das Marktgeschehen (Preis- und Devisenkontrollen, Verstaatlichungen, Industriepolitik etc.), als Krisenursache aus. Hingegen sieht die andere Seite, vor allem der chavistische Machtblock, die Ursachen der Krise in einem von der Opposition und den USA forcierten Wirtschaftskrieg gegen das sozialistische Venezuela begründet, der dem Ziel folge, die Kontrolle über das Land und den Ölreichtum zu erlangen.¹ Ungeachtet des tatsächlich vorhandenen aggressiven Verhaltens seitens der USA wäre es für die Linke in Venezuela und für die mit Venezuela solidarische Linke kurzfristig, die tieferliegenden Ursachen der venezolanischen Wirtschaftskrise außer Acht zu lassen.

Denn beide Erklärungsmuster vermögen in dieser polarisierten Simplizität die aktuelle Krise nicht hinreichend zu erklären. Hierfür ist eine politökonomische Analyse vonnöten, die – mehrebenenanalytisch – sowohl politische als auch wirtschaftliche Faktoren in ihrem Zusammenspiel bzw. Wechselverhältnis berücksichtigt: Konkret erzeugte die Verbindung des partizipativen chavistischen Demokratietypus mit strukturell wirkenden rentengesellschaftlichen Ansprüchen der venezolanischen Bevölkerung für die chavistische Regierung einen besonderen Legitimationsdruck und bedingte einen starken Anreiz zur Generierung kurzfristiger finanzieller Ressourcen. Vor dem Hintergrund hoher internationaler Rohstoffpreise konnte der Erdölreichtum des Landes dahingehend Abhilfe schaffen. Mittels der reichhaltigen Einnahmen aus dem Erdölgeschäft wurden nicht nur ambitionierte sozialpolitische Maßnahmen umgesetzt und die bestehenden Rentenansprüche befriedigt, sondern auch punktuelle Schritte zur Transformation des venezolanischen Wirtschaftssystems in Richtung eines post-kapitalistischen Alternativsystems unternommen. Die Fokussierung auf die Rohstoff-Extraktion bedingte jedoch eine Neuauflage der ‚holländischen Krankheit‘, d.h. eine Überbewertung der venezolanischen Währung und den daraus resultierenden Verlust der Wettbewerbsfähigkeit aller nicht-rohstoffbasierten Wirtschaftssektoren. Das betraf allerdings auch die Wettbewerbsfähigkeit jener Bereiche, mittels derer eine post-

¹ Es liegen jedoch auch ausgewogenere und weitaus erkenntnisreichere Krisenanalysen vor, z.B. von Dachevsky und Kornblihtt (2017), Lander (2018), Peters (2019) und Zelik (2019).

kapitalistische Zukunft hätte angesteuert werden sollen. Paradoxerweise wurde dadurch genau das stabilisiert und intensiviert, was seit Beginn der Bolivarischen Revolution hätte transformiert werden sollen: der rentenökonomische Charakter des venezolanischen Akkumulationsregimes. Solange der Erdölpreis hoch und die damit einhergehenden Einnahmen reichhaltig waren, fiel die strukturelle Krisenanfälligkeit eines solchen Wirtschaftsmodells nicht auf. Als der Erdölpreis jedoch zu sinken begann, stürzte das auf Erdöl errichtete Kartenhaus ein. Die aktuelle Krise ist daher nicht primär die Krise einer sozialistischen (Wirtschafts-)Politik, sondern vielmehr die Krise einer strukturell wirkenden, aber politisch neu gekleideten Rentenökonomie.

Rückblick: Worin bestanden die Bolivarische Revolution und der Sozialismus des 21. Jahrhunderts?

Um die „Bolivarische Revolution“ und den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ verstehen zu können, muss die Genese des Projekts und der Aufstieg des verstorbenen Ex-Präsidenten Hugo Chávez in den Blick genommen werden. Venezuelas Wirtschaft im 20. Jahrhundert war vom Erdöl geprägt. Gestützt auf reichhaltige Einnahmen aus dem Erdölexport wurde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die zu jener Zeit in Lateinamerika übliche Entwicklungsstrategie der Importsubstitutionsindustrialisierung² verfolgt. Diese Strategie geriet in den späten 1970er Jahren in die Krise, weswegen eine wirtschaftspolitische Kehrtwende erfolgte und in den 1980er und 1990er Jahren zwei „neoliberale“ Reformpakete implementiert wurden. Diese Pakete zeitigten jedoch nicht nur schlechte wirtschaftliche Ergebnisse und stürzten das Land in eine Wirtschaftskrise, sondern diskreditierten auch die politischen Eliten und destabilisierten letztendlich das gesamte politische System (Wilpert 2007: 10-14; López Maya 2011: 38-45). Venezuela befand sich in einer ausgeprägten Systemkrise.

In diesem Kontext erfolgte der Aufstieg des *political outsider* Hugo Chávez, der sich fortan anschickte, Venezuelas Politik und Wirtschaft mit einer deziert gegen den Status quo gerichteten Haltung und Agenda gründlich zu transformieren. Die Zielsetzungen der Bolivarischen Revolution gewannen ihre Stoßrichtung und Legitimation stets über ihr antagonistisches Verhältnis zu spezifischen Gegen- und Feindbildern. Demgemäß lassen sich drei zentrale Pfeiler des chavistisch-bolivarischen Revolutionsprojekts ausmachen:

In Gegnerschaft zu der als korrupt gebrandmarkten liberal-repräsentativen Demokratie der prä-chavistischen Ära (bis 1998) präferierte die Regierung Chávez als Ziel einen radikal- und rätedemokratischen Demokratietypus. Der als „partizipative und protagonische Demokratie“ bezeichnete Hybrid vereint in der politischen Praxis partizipative, aber auch zentralistische Züge (Briceño/Maingon 2015, mehr dazu unten).

Aufgrund der politischen Ohnmachtserfahrung während der neoliberalen Perio-

² Der Kern dieser Strategie bestand darin, die Industrialisierung der Wirtschaft über die eigene Erzeugung vormals importierter Produkte anzukurbeln (López Maya 2011: 38-40).

de bestand ein weiteres Ziel im Kampf gegen das hegemoniale neoliberale Handels- und Finanzregime und – im positiven Gegenzug – in der Herstellung innen- und außenpolitischer Souveränität. Um den während der Neoliberalisierungsperiode verloren gegangenen Primat der Politik (wieder-)herzustellen und Gestaltungsspielräume zu erlangen, entmachtete die Regierung Chávez die traditionellen Eliten, öffnete den Weg für eine neue Verfassung und den Umbau des politischen Systems, implementierte ein neues Demokratiemodell und machte sich an die Errichtung eines (parallel zu den staatlichen Entitäten bestehenden) Rätestaates (Briceño/Maingon 2015; Isidoro Losada 2011: 281). Der Wunsch nach außenpolitischer Souveränität ging mit einem diskursiven Anti-imperialismus und einer politischen Emanzipation von den USA einher. Konkret bemühte sich die Regierung um die Herstellung einer post-hegemonialen – nicht mehr von den USA abhängigen – „multipolaren Weltordnung“ (Maihold 2008).

Aufgrund des Antagonismus gegenüber der „neoliberalen“ Ausgestaltung des Wirtschaftsmodells visierte die Regierung den Aufbau einer Art von Wirtschaftsdemokratie und eine endogene, d.h. binnenmarktorientierte, Entwicklung an. Ab etwa 2003 erfolgte im chavistischen Entscheidungszirkel ein Reflexionsprozess über den eingeschlagenen Entwicklungspfad, der zu einem neuen Feindbild und darüber zu einem neuen Antagonismus und einer neuen Zielsetzung führte: Fortan galt nicht mehr nur der Neoliberalismus als zu überwindendes (Entwicklungs-)Hindernis, sondern der Kapitalismus an sich (RBRV 2008: 9-10, 21-22). Die Bolivarische Revolution wurde daher ab 2005 an einer neuen Zielvision, dem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ inklusive der Bildung eines „sozialistischen Produktionsmodells“ (RBRV 2008: 43-56)³, ausgerichtet. Ungeachtet dessen bestand ein weiteres Ziel der Regierung – und zwar die komplette Ära der Bolivarischen Revolution hindurch – in der Überwindung der Venezuela strukturell prägenden Rentenökonomie (Chávez 1999, RBRV 2008: 91; Chávez 2012b: 4, 9, 12; RBRV 2013: 49).

Die wirtschaftspolitische Praxis bestand zunächst darin, mittels des Kontrollgewinns über den Erdölkonzern PdVSA die Einnahmen aus dem Erdöllexport einzustreichen und über eine ambitionierte, in der Praxis jedoch weitgehend klientelistisch ausgerichtete Sozialpolitik die Ölrenten zu verteilen (Boeckh 2011: 413-420; Isidoro Losada 2011: 286-293). Ferner machte sich die Regierung mit industriepolitischen Maßnahmen an die Diversifizierung der venezolanischen Wirtschaft und errichtete neben dem – diskursiv zwar zu transformierenden, materiell jedoch zu relevanten – rentenökonomischen Pfeiler der venezolanischen Wirtschaft als zusätzliches Standbein eine Art von kommunaler Wirtschaftsdemokratie. Letztere kennzeichnete die Bildung von Kooperativen, neuen „sozialistischen“ Unternehmenstypen inklusive unterschiedlicher Eigentumsformen (privat, halbstaatlich, kommunal bzw. sozial) und neu-

³ Damit waren die folgenden Zielsetzungen verbunden: ein endogenes und nachhaltiges Wachstum; „Nahrungsmittelsouveränität“; die Förderung von Wissenschaft und Technologie; die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur jenseits des Energiesektors (RBRV 2008: 43-56, v.a. S. 51).

er Formen von Organisation, (Selbst-)Verwaltung, Entlohnung etc. (Azzellini 2009; Purcell 2013). Der chavistische Transformationsgedanke bezog sich jedoch nicht nur auf die nationale Ebene. Vielmehr manifestierte sich der Wunsch nach einer multipolaren Weltordnung in der Gründung regionaler Organisationen. Besonders zu betonen ist in diesem Zusammenhang die von Venezuela dominierte „Bolivarische Allianz“ (ALBA), die dem venezolanischen Sozialismusgedanken folgte und alternative Entwicklungs-, Handels- und Kooperationsmuster etablierte (Benzi 2017).

Legitimationsdruck unter dem chavistischen Demokratietypus

Ein erster Baustein zum Verständnis der gegenwärtigen (Wirtschafts-)Krise in Venezuela besteht in dem spezifischen Verhältnis zwischen den politischen Entscheidungsträgern und der venezolanischen Bevölkerung, das aus den in der Folge erörterten Gründen zu einem erhöhten kurzfristigen Legitimationsdruck der Regierung führte: Erstens ist festzuhalten, dass Venezuela aufgrund der reichhaltigen Ölvorkommen bereits früh rentengesellschaftliche Charakteristika entwickelte. Zu Beginn der Bolivarischen Revolution am Ende der 1990er Jahre war das Land bereits eine „konsolidierte Rentengesellschaft“ (Peters 2019: 101). Rentengesellschaften zeichnen sich (generell) durch „die Trennung von Leistung und Belohnung, die Vorstellung, dass die Entwicklung eines Landes vom Zufluss der Rente und nicht so sehr von den eigenen produktiven Anstrengungen abhängt, [...] eine klientelistische Versorgungsmentalität und Erwartungshaltung“ aus (Boeckh 2011: 400). Warum sollte man sich auch anstrengen bzw. produktiv werden, wenn der Ölreichtum nur aus dem Boden geholt werden muss und politische Kontakte für eine Teilhabe ausreichen (Peters 2019: 185)? Zweitens wurde diese materielle Erwartungshaltung der Bevölkerung durch die Agenda der Regierung Chávez weiter angeheizt. Denn im Präsidentschaftswahlkampf 1998 hatte Chávez nicht nur einen politischen Wandel, sondern auch wirtschaftliche Verbesserungen und mehr soziale Gerechtigkeit versprochen. Chávez hatte die Wahlen u.a. mit der „Politisierung der sozialen Ungleichheit“ geführt und gewonnen (Burchardt 2011: 428). Durch später eingeführte soziale Programme (*misiones*) und subventionierte Produkte steigerte Chávez die Erwartungshaltung der Venezolaner*innen noch einmal und die „Sozialpolitik wurde somit zur Nagelprobe seiner Politik“ (ebd.). Doch diese Erwartungen führten eine fiskalische Schlagseite zugunsten konsumtiver im Gegensatz zu investiven Ausgaben herbei (Ellner 2015), was – wie unten zu sehen sein wird – weitere Probleme nach sich zog.

Drittens bedingte der neue Demokratietypus, die „partizipative und protagonische Demokratie“ (*democracia participativa y protagónica*), eine erhöhte politische Aufmerksamkeit in der venezolanischen Bevölkerung, was mit diversen Neuerungen, d.h. neuen partizipativen Mechanismen, zusammenhängt. Konkret geht es dabei um 1. Formen direkter Demokratie wie z.B. (Abwahl-)Referenden, Volksbefragungen, offenen Stadtratssitzungen etc. (RBRV 2009: Art. 70); 2. Formen kommunaler Selbstverwaltung und Autonomie, die letztendlich in einen Rätestaat münden sollten (Zelik 2019: 6; Briceño/Maingon

2015); 3. neuen Formen zivilbürgerlicher Kontrolle gegenüber politischen Entscheidungsträgern, wofür mit der „Bürgergewalt“ (*poder ciudadano*) und der „Wahlgewalt“ (*poder electoral*) eigens zwei neue Staatsgewalten gegründet wurden (RBRV 2009: Art. 273-291, Art. 292-298); sowie 4. die Ausweitung verfassungsmäßig garantierter Menschenrechte (RBRV 2009: Titel III, Kapitel 3 bis 9). Die erhöhte politische Aufmerksamkeit zeigte sich auch in der politischen Praxis, was sich u.a. in der Anwendung diverser partizipativer Mechanismen und Neuerungen, die es nur aufgrund des neuen Demokratietypus in Venezuela gab, materialisierte.⁴

Ein weiteres, in diesem Zusammenhang relevantes Element betrifft, viertens, den hohen Grad an (politischer) Mobilisierung. Das war nicht nur eine (logische) Folge des soeben skizzierten partizipativen Demokratietypus, sondern auch eine Konsequenz von Chávez' Aufforderung an die venezolanische Bevölkerung, sich aktiv an dem Aufbau des Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der von der kommunalen Ebene aus errichtet werden müsse, zu beteiligen (Chávez 2007). Des Weiteren ging die Mobilisierung mit der von der Regierung forcierten Politisierung nahezu aller Lebensbereiche einher, denn Chávez hatte sich von Beginn an angeschickt, das gegenhegemoniale Revolutionsprojekt in Politik bzw. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft einzuschreiben.⁵ Der hohe Mobilisierungsgrad speiste sich ferner aus einer stark polarisierten politischen Kultur und einem damit einhergehenden Alarmismus seitens der Regierung (Kestler 2009: 192). Die nahezu permanente diskursive Pflege der chavistischen Feindbilder (Eliten, Opposition, USA) inklusive drohender Umsturzbestrebungen verunmöglichte einen ‚normalen‘ politischen Alltag und bedingte einen kontinuierlichen diskursiven Ausnahmezustand.

Dass die Regierung mit diesen Befürchtungen nicht vollständig falsch lag, verdeutlichten einige von oppositionellen Akteuren angestoßene Aktionen während der frühen Jahre der Bolivarischen Revolution wie z.B. ein vereitelter Putschversuch 2002 und ein Generalstreik im selben Jahr. Folge hiervon

4 Das bezog sich auf die folgenden Aspekte während der Präsidentschaften Chávez': Referendum über eine verfassungsgebende Versammlung (25.04.1999), Wahlen zum Personal für die verfassungsgebende Versammlung (25.06.1999), Referendum über die neue Verfassung (15.12.1999), Bestätigungswahlen über alle öffentlichen Posten (30.06.2000), Befragung über präsidientielles Abwahlreferendum (12.09.2003), präsidientielles Abwahlreferendum (15.08.2004), Referendum über eine Verfassungsreform (02.12.2007), Referendum über Verfassungsänderung (15.02.2009).

5 Hinsichtlich des Staates erfolgte das mithilfe der Stärkung der Exekutive, dem Kontrollgewinn über den Erdölkonzern PdVSA (Corrales/Penfold 2015: 15-47) und den oftmals oppositionellen Staatsapparaten sowie eines Elitenwechsels (Isidoro Losada 2011: 281-284). In Bezug auf die Wirtschaft betraf das die Rückholung wirtschaftspolitischer Kompetenzen in Staat und Exekutive (RBRV 2009: Art 236), und den Aufbau der alternativen Wirtschaftsdemokratie, die in der Praxis häufig finanziell von der Regierung abhing (vgl. unten). Ferner weitete die Regierung nicht nur die Rolle des Militärs aus, sondern politisierte die Streitkräfte (Isidoro Losada 2011: 281-283). Auch hinsichtlich des Bildungssektors (Wilpert 2007: 129-131) und des Mediensektors (Cabrera/Silva-Ferrer 2011) machte sich die Regierung an die Ausweitung ihres Einflusses.

war nicht nur eine gewisse Paranoia vor dem politischen Gegner (inklusive der auch diskursiv zum Ausdruck gebrachten Befürchtung weiterer Destabilisierungs- bzw. Umsturzversuche), sondern auch die machtpolitische Erfordernis, eine möglichst große Zahl an Befürwortern des Revolutionsgedankens, d.h. einen entsprechenden Machtblock, zu generieren.

In diesem Zusammenhang ist schließlich auch von Relevanz, dass die Opposition – wie das Programm des damaligen Präsidentschaftskandidaten 2012 verdeutlichte – eine Intensivierung des Rentenmodells versprach (Lander 2018: 40). Das musste von der Regierung als ein Versprechen der Opposition interpretiert werden, im Falle eines Wahlsieges rentenbasierte Wahlgeschenke zu verteilen.

Aufgrund der angeführten Faktoren stand die chavistische Regierung seit Beginn unter einem besonderen Druck zu einer auch kurzfristigen Legitimation. Übersetzt in die rentengesellschaftliche Realität Venezuelas bedeutete dies vor allem, die Verteilungskohalition aufrechtzuerhalten und – angesichts wachsender Ansprüche (und Bedrohungen) – zu vergrößern. Denn ungeachtet des engeren ideologischen Kerns an Revolutionsanhängern wählt die Mehrheit der venezolanischen Bevölkerung – auch im Sozialismus des 21. Jahrhunderts – nach primär ökonomischen, d.h. materiellen, Gesichtspunkten (Pérez 2012; Corrales/Penfold 2015: 26).

Wirtschaftliche Folgen des chavistischen Demokratietypus und der venezolanischen Rentenökonomie

Um der materiellen Befriedung der Bevölkerung nachkommen zu können, war die Regierung daher darauf angewiesen, Wirtschaftswachstum und (hohe) öffentliche Einnahmen zu generieren. Der ab etwa Mitte der 2000er Jahre einsetzende Rohstoffboom konnte dahingehend Abhilfe schaffen. Problematisch war jedoch, dass die verteilten Renteneinnahmen nicht primär investiv, sondern vielmehr konsumtiv verwendet wurden (Álvarez 2013: 292, 312; Ellner 2015). D.h. damit wurde eine Vielzahl von Konsumprodukten importiert, mit deren Hilfe die Verteilungskohalition und der chavistische Machtblock zufrieden gestellt werden konnte.⁶

Auch die von der Regierung mittels der Ölrente finanzierten investiven bzw. „industriepolitischen“⁷ Maßnahmen erwiesen sich entweder als nicht ausrei-

⁶ Debatten über die richtige Verwendung der Ölrente werden in Venezuela seit bald 100 Jahren geführt. Eine Position betont die Notwendigkeit, die Ölrente rein investiv zu verwenden, um die Entwicklung der Wirtschaft voranzutreiben. Als politisch durchsetzbar erwies sich hingegen eine andere Position, die eine stärker konsumtive und distributive Nutzung vorsah (Boeckh 2011: 408-409). Das hat sich unter der Bolivarischen Revolution nicht geändert.

⁷ Mit dem Begriff „Industriepolitik“ ist nicht notwendigerweise eine Wirtschaftspolitik zur alleinigen Förderung des Industriesektors gemeint, sondern vielmehr Politiken zur Dynamisierung wirtschaftlicher Aktivitäten generell (Rodrik 2009: 100). Diese Verwendung des Begriffs scheint im Kontext der Bolivarischen Revolution angemessen, da die Regierung alternative Wirtschaftsformen etablierte und ferner zur Herstellung von „Nahrungsmittelsouveränität“ auch den Primärsektor zu entwickeln versuchte (RBRV 2008: 43-56, v.a. 51).

chend oder aber als ineffektiv, um produktive Wirtschaftszweige zu erhalten, aufzubauen und Produktivitätsfortschritte zu erzielen. Nur darüber hätte die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb langfristig gewährleistet werden können. Doch im Gegenteil: Von der Regierung angestoßene Maßnahmen und Projekte zur Förderung der kommunalen Wirtschaft scheiterten zumeist (Peters 2019: 135-136). Kooperativen sind größtenteils ebenso erfolglos und ineffektiv (Zelik 2019: 6, Wilpert 2007: 78) wie die neuen sozialistischen Firmentypen (Pezzella Abilahoud 2011).⁸ Auch der von der Regierung aufwendig unterstützte Agrarsektor weist enttäuschende Zahlen auf (Álvarez 2013: 312-322). Generell verzeichnet die venezolanische Wirtschaft in den Jahren der Bolivarischen Revolution eine stagnierende bzw. rückläufige Produktivität über nahezu alle Sektoren hinweg, unabhängig davon, ob es sich um staatliche, kommunale oder private Unternehmen handelt (Peters 2019: 134-139). Auch der für das Land so zentrale Rohstoffsektor leidet inzwischen darunter (Monaldi 2015: 10-13). Fairerweise muss in diesem Kontext jedoch auch Erwähnung finden, dass die anhaltenden Produktivitätsprobleme kein genuin chavistisches Phänomen darstellen, sondern vielmehr struktureller Natur sind. Exklusive des Erdölsektors verzeichnete das Land bereits seit den 1980er Jahren eine stagnierende industrielle Produktivität (Dachevsky/Kornbliht 2017: 86), wiewohl die Produktivität jüngst noch einmal einen deutlichen Einbruch zu verzeichnen hatte (Peters 2019: 137). Dafür zeichnen v.a. die strukturell wirkenden rentengesellschaftlichen Mentalitäten verantwortlich, die ökonomischen Effizienz- und Rationalitätserwägungen deswegen entgegenstehen, weil Letztere angesichts reichhaltiger Renteneinnahmen schlichtweg nicht notwendig sind (Boeckh 2011: 400; Peters 2019: 184-187); zumindest, solange die dahingehenden Einnahmen sprudeln. Die Folge davon war jedoch eine rückläufige Konkurrenzfähigkeit venezolanischer Produkte auf den internationalen Märkten und – im Gegenzug – eine steigende Abhängigkeit vom Erdölsektor.

Mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes geschah dies jedoch zu einem hohen Preis. Denn der Rohstoffsektor bildete eine Art Enklavenökonomie mit nur geringen Verbindungen bzw. *Linkages* zum Rest der venezolanischen Wirtschaft aus (Álvarez 2013: 291). Ferner bedingte diese Fokussierung eine folgenreiche Abhängigkeit von den Preisbewegungen an den globalen Rohstoffmärkten: Venezuelas „Wirtschaft ist hochgradig gefährdet durch Schwankungen des Ölpreises, da das Öl über 96% der Exporte des Landes ausmacht und annähernd die Hälfte des Steueraufkommens“ (Weltbank 2015).

Vor diesem Hintergrund wirkte sich das ökonomische Phänomen der hollän-

⁸ Die Gründe hierfür sind vielfältig und reichen von schwacher Produktivität (Peters 2019: 135-136), der Gründung von Scheinfirmen bzw. -kooperativen, die primär dem Zweck dienen, von der öffentlichen Rentenverteilung zu profitieren (ebd.; Wilpert 2007: 78), über fehlendes Know-how und bürokratische Probleme bis hin zu fehlender Professionalisierung im Umgang mit Projekten, d.h. einem fehlenden Qualitätsmanagement etc. (Zelik 2019: 6-10). Auch die Überbewertung der Währung, die in der Folge bearbeitet wird, spielte hierbei eine Rolle.

dischen Krankheit äußerst nachteilig auf die nicht rohstoffbasierten Wirtschaftssektoren aus, die ohnehin kaum wettbewerbsfähig waren: Die in den 2000er Jahren boomende globale Konjunktur bedingte eine steigende Nachfrage nach Energieträgern und damit auch steigende Erdölpreise. Damit floss eine große Anzahl von Devisen nach Venezuela und bewirkte eine (reale) Aufwertung und – angesichts der vergleichsweise hohen Inflationsrate – eine Überbewertung der venezolanischen Währung (Alvarez 2009: 226-227; Lampa 2016: 8-14). Die Regierung hielt lange an dem fixierten und überbewerteten Wechselkurs fest, um die Inflation einzudämmen und Importe (Kapital- und Konsumgüter) billig zu halten (Peters 2019: 139). Die Folge der Überbewertung war jedoch ein (weiterer) Verlust der preislichen Wettbewerbsfähigkeit aller nicht rohstoffbasierten Wirtschaftssektoren des Landes.⁹ Mittels der reichhaltigen Devisen aus dem Erdöllexport wurden fortan alle Produkte, die aufgrund der fehlenden Konkurrenzfähigkeit in Venezuela nicht mehr produziert wurden, eingeführt. Álvarez (2013: 309) sieht darin jedoch einen Teufelskreis: „Wir importieren, weil wir nicht produzieren und wir produzieren nicht, weil wir importieren“. Die holländische Krankheit hatte somit die Abhängigkeit Venezuelas vom Erdöl noch einmal verstärkt.

Die genannten wirtschaftlichen Probleme waren für die Regierung vor dem Hintergrund des partizipativen chavistischen Demokratietypus einerseits und der strukturellen rentengesellschaftlichen Charakteristika Venezuelas andererseits nicht leicht zu lösen. Um die Produktivität der venezolanischen Wirtschaft außerhalb des Erdölsektors zu steigern, hätten massive (öffentliche und bzw. oder private) Investitionen in die jeweiligen Sektoren erfolgen müssen. Grundsätzlich hätten hierfür größere Teile der Renteneinnahmen verwendet werden können, jedoch um den Preis einer verringerten konsumtiven Verwendung der Ölrente und einer – zu befürchtenden – steigenden Unzufriedenheit der venezolanischen Bevölkerung und des chavistischen Machtblocks (inklusive des damit einhergehenden Wahlverhaltens).

Eine ähnliche Folge wäre auch im Fall einer Veränderung des Wechselkursregimes zu erwarten gewesen. Aufgrund der wachsenden Differenz zwischen dem offiziellen (und festgelegten) Wechselkurs und dem Schwarzmarktkurs sah sich die Regierung 2010 zu einer Abwertung gezwungen. Das war jedoch wiederum mit hohen politischen Kosten verbunden. Denn angesichts der Importabhängigkeit bewirkt eine Abwertung grundsätzlich eine importierte Inflation und negative Verteilungseffekte, d.h. eine Verteuerung der Importe inklusive sinkendem Lebensstandard. Die Abwertung befeuerte jedenfalls die Inflation, bedingte somit eine weitere (reale) Aufwertung der Währung (Lampa 2016: 13) und der daraus resultierenden Überbewertung. Nach weiteren Ab-

⁹ Diese Entwicklung verlief parallel zu der oben beschriebenen Produktivitätskrise, die ebenfalls einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit nach sich zog. Nachdem Venezuela bereits in den 1980er Jahren eine überbewertete Währung hatte und zeitgleich die Produktivität stagnierte, stellt sich die Frage nach einem kausalen Verhältnis der beiden Phänomene (Dachevsky/Kornblihtt 2017: 85-86).

wertungen und einem zeitgleichen rasanten Ansteigen der Inflation betrug gemäß Dachevsky und Kornbliht (2017: 86) die Überbewertung im Jahr 2015 bereits über 1.500 Prozent. Um die negativen Verteilungseffekte der Abwertung abzumildern, griff die Regierung zu Preiskontrollen (Boeckh 2011: 419), die jedoch wiederum neue Probleme schufen, nämlich eine Verknappung von Gütern (ebd.) und Anreize zu Schmuggel und Arbitragegeschäften (Peters 2019: 145-148). Dass die Regierung hiergegen nicht dezidiert vorgegangen ist, kann als taktische Maßnahme interpretiert werden, die dem Zweck diene, die davon profitierenden Akteure, v.a. das Militär, im chavistischen Machtblock zu halten (ebd.). Auch eine Veränderung des Wechselkurssystems, d.h. eine Aufgabe des System fester zugunsten flexibler Wechselkurse hätte zwar das Problem der Überbewertung lösen und ferner die ausufernden Geschäfte auf dem Schwarzmarkt beenden können (Weisbrot 2016). Doch das wäre wiederum mit sinkenden Verteilungsspielräumen inklusive der negativen Folgen für Zufriedenheit und Wahlverhalten der Bevölkerung einhergegangen. Ferner muss festgehalten werden, dass die Logik der holländischen Krankheit auch im Kontext flexibler Wechselkurse greift.

Kurzum: Während der Jahre der Bolivarischen Revolution ist die Wirtschaftsstruktur Venezuelas durch eine (steigende) Abhängigkeit vom Erdöl und – in der Folge – von den Preisentwicklungen und -volatilitäten an den internationalen Rohstoffmärkten geprägt. Volatile Erdölpreise, die damit einhergehenden Folgen für die Währung (reale Aufwertung, Überbewertung) und damit für die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaftssektoren sind für Aufbau und Förderung international wettbewerbsfähiger Wirtschaftszweige (außerhalb des Rohstoffsektors) inklusive der dafür notwendigen mittel- bis langfristigen Planung, Finanzierung und Umsetzung jedoch höchst abträglich. Aufgrund der Tatsache, dass die Preisentwicklung des Erdöls für die Regierung eine „exogene Variable“ (Chávez 1999), d.h. einen Faktor außerhalb des eigenen Einflussbereichs, darstellt, war die Abhängigkeit vom Rohstoff gleichbedeutend mit einer gesteigerten Abhängigkeit von exogenen kapitalistischen Akteuren und (Nachfrage-)Dynamiken. Die Integration in den Regional- und Weltmarkt erfolgte daher – wie die Forschungsliteratur über den Neo-Extraktivismus richtigerweise herausgearbeitet hat – auf subalterne Art und Weise (Gudynas 2009: 198).

Krise des Sozialismus oder der traditionellen Rentenökonomie?

„Es gibt keine guten oder schlechten Regierungen, sondern gute oder schlechte Ölpreise“ (zit. nach: Álvarez 2013: 325). Diese in Venezuela oft zitierte Weisheit verdeutlicht den strukturellen Charakter des rentenökonomischen Akkumulationsregimes, unabhängig von der jeweiligen politischen Führung. Auch im Venezuela der Bolivarischen Revolution und des Sozialismus des 21. Jahrhunderts hat diese Erkenntnis weitgehend Bestand.¹⁰ Deswegen ist die ak-

¹⁰ Oben wurde bereits erwähnt, dass auch die Opposition auf die Intensivierung des Erdölsektors setzte. Zudem wäre auch bei einer „neoliberal“ ausgerichteten Wirtschaftspolitik und -

tuelle (Wirtschafts-)Krise nicht primär die Folge einer sozialistischen Wirtschaftspolitik, sondern vielmehr die Krise einer Venezuela traditionell strukturierenden, aber politisch neu gekleideten Rentenökonomie. Das sollte jedoch nicht als Freispruch für die chavistische Führung missverstanden werden: Ungeachtet der generell katastrophalen Bilanz der chavistischen Wirtschaftspolitik (gemessen an Wirtschaftswachstum, Preisniveaustabilität, Verschuldungsstand, Versorgungslage etc.) scheiterte die Regierung nahezu vollständig darin, ein sozialistisches Alternativmodell in der Wirtschaft aufzubauen. Denn die dahingehend erfolgten Schritte und Projekte standen stets in einem widersprüchlich-dialektischen und unheilvollen Verhältnis zum gesamtwirtschaftlich viel bedeutenderen rentenökonomischen Pfeiler: Obwohl die ‚sozialistischen‘ Maßnahmen auf nationaler Ebene (sozialistisches Produktionsmodell, kommunale Wirtschaft etc.) und auf regionaler Ebene (v.a. ALBA) mittels der Örente finanziert wurden, unterminierte und konterkarierte die Intensivierung der Rentenökonomie – über die Folgen der holländischen Krankheit – nicht nur die Überlebens- und Wettbewerbsfähigkeit der venezolanischen Wirtschaftssektoren jenseits des Energiesektors generell, sondern auch diejenige der sozialistischen (Alternativ-)Wirtschaft. Daher muss das Sozialismusprojekt gemessen an den eigenen Zielsetzungen bereits lange vor der heutigen Wirtschaftskrise als gescheitert betrachtet werden. Denn die kommunale Wirtschaft konnte gesamtwirtschaftlich kein relevantes Gewicht erreichen (Peters 2019: 137-139). Chávez (2012a: 27) mahnte noch 2012 an, dass „wir [...] nicht damit weitermachen [dürfen], Fabriken einzuweihen, die wie eine Insel sind, umgeben vom Meer des Kapitalismus“. Ferner konnte keines der konkreten Ziele wie die „endogene Entwicklung“, die „Nahrungsmittelsouveränität“, die Diversifizierung – bzw. genereller: die Transformation – der venezolanischen Wirtschaft oder die Herstellung einer „multipolaren Weltordnung“ umgesetzt werden.

Aufgrund der Ausrichtung des Wirtschaftsmodells auf Rohstoffausbeutung und der daraus resultierenden Abhängigkeit von exogen determinierten Rohstoffpreisen konsolidierte die Regierung Chávez genau das, was sie ursprünglich transformieren wollte: die eigene Rolle als Rohstofflieferant und die damit einhergehende subalterne Weltmarktintegration. Daher haben diverse Autoren eine äußerst kritische Sichtweise auf den vermeintlich sozialistischen Charakter des chavistischen Transformationsprojekts: Während Venezuela gemäß Stefanoni (2012: 52) primär einen „guten Kapitalismus“ sucht und Álvarez (2013: 322-323, 336-337, 381) ein Wachstum der kapitalistischen Privatwirtschaft im Land ausmacht, erachten Lander (2018) und Sutherland (2018) das chavistische Wirtschaftsmodell in erster Linie als Neuauflage des bereits in der prä-chavistischen Ära implementierten Rentenmodells. Interes-

ordnung, d.h. bei weniger Staatsinterventionismus, basierend auf der Logik der komparativen Kostenvorteile und angesichts der nicht-wettbewerbsfähigen Wirtschaftssektoren außerhalb des Erdölsektors aller Voraussicht nach eine Ausrichtung auf Rohstoffextraktion inklusive des damit einhergehenden holländischen Krankheitsverlaufs zu erwarten gewesen.

santerweise attestierte Chávez (2012b: 2, 4) Venezuela noch im Jahr 2012 einen „kapitalistischen und rentenbasierten Charakter“ bzw. sprach von der Notwendigkeit, das „örentenbasierte Kapitalismusmodell“ zu transformieren.

Literatur

- Álvarez, Víctor R. (2009): Venezuela: ¿Hacia dónde va el modelo productivo? Caracas.
- Álvarez, Víctor R. (2013): La transición al socialismo de la Revolución Bolivariana. Transiciones logradas y transiciones pendientes, in: Arze, Carlos/Gómez, Javier/Ospina, Pablo/Álvarez, Víctor (Hg.): Promesas en su laberinto. Cambios y continuidades en los gobiernos progresistas de América Latina. La Paz, S. 279-388.
- Azzellini, Dario (2009): Economía solidaria, formas de propiedad colectiva, nacionalizaciones, empresas socialistas, co- y autogestión en Venezuela, in: ORG & DEMO, Vol. 10, Nr. 1/2, S. 5-30.
- Benzi, Daniele (2017): ALBA-TCP. La integración que no fue. Buenos Aires.
- Boeckh, Andreas (2011a): Erdölrente, Politik und Entwicklung, in: Boeckh, Andreas/Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (Hg.): Venezuela heute. Politik-Wirtschaft-Kultur. Frankfurt am Main, S. 397-425.
- Briceño, Héctor/Maingon, Thais (2015): Avances y retrocesos de la democracia participativa en Venezuela. Friedrich-Ebert-Stiftung, FES Análisis.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2011): Zurück in die Zukunft? Venezuelas Sozialismus auf der Suche nach dem 21. Jahrhundert, in: Boeckh, Andreas/Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (Hg.): Venezuela heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main, S. 427-449.
- Cabrera, Silvia/Silva-Ferrer, Manuel (2011): Viele Medien und nur eine Nachricht. Die Transformation des Mediensystems, in: Boeckh, Andreas/Welsch, Friedrich/Werz, und Nikolaus (Hg.): Venezuela heute. Politik Wirtschaft Kultur. Frankfurt am Main, S. 339-366.
- Chávez Frías, Hugo (1999): Toma de Posesión del Comandante Presidente Hugo Rafael Chávez Frías. Congreso de la República de Venezuela, Caracas, Distrito Capital, Venezuela, 02.02.1999, URL: <http://www.todochaveznlaweb.gob.ve/todochavez/3013-toma-de-posesion-del-comandante-presidente-hugo-rafael-chavez-frias>(eingesehen am 23.10.2017).
- Chávez Frías, Hugo (2007): Intervención del Comandante Presidente Hugo Chávez durante acto de juramentación como Presidente de la República Bolivariana de Venezuela para el período 2007-2013. Palacio Federal Legislativo, 10.01.2007, URL: <http://todochavez.gob.ve/todochavez/2705-intervencion-del-comandante-presidente-hugo-chavez-durante-acto-de-juramentacion-como-presidente-de-la-republica-bolivariana-de-venezuela-para-el-periodo-2007-2013>(eingesehen am 17.11.2017).
- Chávez Frías, Hugo (2012a): Golpe de timón. I Consejo de Ministros del nuevo ciclo de la Revolución Bolivariana. Caracas.
- Chávez Frías, Hugo (2012b): Propuesta del Candidato de la Patria. Comandante Hugo Chávez. Para la Gestión Bolivarian Socialista 2013-2019. URL: <http://blog.chavez.org.ve/Programa-Patria-2013-2019.pdf> (eingesehen am 12.07.2018).

- Corrales, Javier/Penfold, Michael (2015): *Dragon in the Tropics. Venezuela and the Legacy of Hugo Chávez*. Washington.
- Dachevsky, Fernando/Kornblihtt, Juan (2017): The Reproduction and Crisis of Capitalism in Venezuela under Chavismo, in: *Latin American Perspectives*, Issue 212, Vol. 44, Nr. 1, 78-93.
- Ellner, Steve (2015): It is Necessary to Contextualize the Pragmatic and Populist Policies of the Chavista Government: An Interview with Steve Ellner, Part II, in: *Venezuelanalysis*, 22.09.2015.
- Gudynas, Eduardo (2009): Diez tesis urgentes sobre el nuevo extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano actual, in: Schult, Jürgen/Acosta, Alberto/Barandiarán, Alberto/Bebbington, Anthony/Folchi, Mauricio/CEDLA – Bolivia/Alayza, Alejandra/Gudynas, Eduardo (Hg.): *Extractivismo, política y sociedad*. Quito, S. 187-225.
- Kestler, Thomas (2009): *Parteien in Venezuela. Repräsentation, Partizipation und der politische Prozess*. Baden-Baden.
- Lander, Edgardo (2018): El Estado mágico sigue ahí. Las continuidades y rupturas en la historia del petroestado venezolano, in: *Nueva Sociedad*, Nr. 274, S. 30-43.
- López Maya, Margarita (2011): Zur Geschichte Venezuelas, in: Boeckh, Andreas/Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (Hg.): *Venezuela heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main, S. 27-50.
- Maihold, Günther (2008): *Außenpolitik als Provokation. Rhetorik und Realität in der Außenpolitik Venezuelas unter Präsident Hugo Chávez*. Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie S22.
- Monaldi, Francisco (2015): The Impact of the Decline in Oil Prices on the Economics, Politics and Oil Industry of Venezuela. Columbia Center on Global Energy Policy, Studie, URL: https://energypolicy.colum-bia.edu/sites/default/files/Impact%20of%20the%20Decline%20in%20Oil%20Prices%20on%20Venezuela_September%202015.pdf(eingesehen am 03.04.2018).
- Pérez, Orlando J. (2012): The Basis of Support for Hugo Chávez: Measuring the Determinants of Presidential Job Approval in Venezuela, in: *The Latin Americanist*, Vol. 57, Nr. 2, S. 59-84.
- Peters, Stefan (2019): *Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela. Aufstieg und Abstieg der Bolivarischen Revolution von Hugo Chávez*. Stuttgart.
- Pezzella Abilahoud, Silvana (2011b): *Empresas socialistas: Saldo en rojo*, in: *VenEconomía*, Vol. 28, Nr. 10.
- Purcell, Thomas Francis (2013): The Political Economy of Social Production Companies in Venezuela, in: *Latin American Perspectives*. Issue 190, Vol. 40, Nr. 3, S. 146-168.
- RBRV (Regierung der Bolivarischen Republik Venezuelas) (2008): *Líneas Generales del Plan de Desarrollo Económico y Social de la Nación 2007-2013*. Caracas.
- RBRV (Regierung der Bolivarischen Republik Venezuelas) (2009): *Constitución de la República Bolivariana de Venezuela de 1999*. Caracas.
- RBRV (Regierung der Bolivarischen Republik Venezuelas) (2013): *Plan de la Patria. Segundo Plan Socialista de Desarrollo Económico y Social de la Nación 2013-2019*. Caracas.

- Rodrik, Dani (2009): *One Economics, Many Recipes Globalization, Institutions, and Economic Growth*. Princeton, Oxford.
- Stefanoni, Pablo (2012): *Posneoliberalismo cuesta arriba. Los modelos de Venezuela, Boliviay Ecuador en debate*, in: *Nueva Sociedad*, Nr. 239, S. 51-64.
- Sutherland, Manuel (2018): *La ruina de Venezuela no se debe al «socialismo» ni a la «revolución»*, in: *Nueva Sociedad*, Nr. 274, S. 142-151.
- Weisbrot, Mark (2016): *Venezuela: Dismantling a Weapon of Mass Destruction*, in: *Center for Economic and Policy Research*, URL: <http://cepr.net/publications/op-eds-columns/venezuela-dismantling-a-weapon-of-mass-destruction> (eingesehen am 22.05.2016)
- Weltbank (2015): *Venezuela Overview*. URL: www.worldbank.org/en/country/venezuela/overview (eingesehen am 07.04.2015).
- Wilpert, Gregory (2007): *Changing Venezuela by Taking Power. The History and Politics of the Chávez Government*. London, New York.
- Zelik, Raul (2019): *Sozialismus? Was sich aus linker Perspektive von Venezuela lernen lässt*. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Online-Publikation, URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Online-Publikation/4-19_Online-Publ_Sozialismus.pdf (eingesehen am 01.06.2019).